



Moderne Subsidiarität im Blick auf Stadt und Gemeinde: Der Beitrag der Kirchen zum Gemeinwesen.

Vortrag von Dr. Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

auf der Tagung des ökumenischen Projektes „Kirche findet Stadt“

„Wie viel Kirche braucht die Stadt?“

Moderne Subsidiarität und die diakonische Dimension der Kirchen im Gemeinwesen“

am 02.02.2012 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort. Sperrfrist: 16:15 Uhr

Lieber Herr Sachau, lieber Herr Hake,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schaidinger,
sehr geehrter Herr Landesbischof Bedford-Strohm,
sehr geehrter Herr Prälat Neher,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Gäste!

Herzlichen Dank für die Einladung. Wenn sich der ein oder andere fragen sollte: Warum redet der Steinmeier hier? Der hat doch sonst ganz andere Themen. Dann ist das richtig und falsch zugleich. Es sind heute überwiegend andere Themen von Euro bis Bundespräsident, von arabischem Frühling bis Afghanistan, zu denen ich mich öffentlich äußere. Aber Stadt und Wohnen hat mich doch einen guten Teil meines Lebens beschäftigt. Zu Zeiten als Reinhard Thies noch bei der LAG in Hessen war und wir gemeinsam unterwegs waren in Quartieren, die nicht zu den Schönsten gehörten! Reinhard war viele Jahre länger dort unterwegs, aber unsere Verbindung ist über das Thema „Wohnen und Stadt“ erhalten geblieben und das Thema ist aktuell geblieben! Wie sehr, dazu braucht man nur die Zeitungen der letzten Tage durchzublättern.

Nur ein Beispiel: Pünktlich zum Integrationsgipfel, der vor wenigen Tagen hier in Berlin stattfand, meldeten sich die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam zu Wort, um zu betonen: Die Kommunen sind der Motor der Integration. Integration gelingt (oder misslingt) in den Städten, Landkreisen oder Gemeinden – vor Ort also! Oder gar nicht!

Und sie haben Recht damit. Integration beginnt in meiner Nachbarschaft, in meiner Umgebung. Und das gilt nicht nur für Integration! Auch insgesamt gilt: Die soziale Gesellschaft beginnt in der sozialen Stadt. Denn Städte, das sind nicht nur Ansammlungen von Beton! Das ist Wohnen, Bildung, Beschäftigung, Miteinander. Ich bin mir sicher: Kinder denken anders über unsere Gesellschaft und über unseren Staat, wenn sie in gesunden Städten mit guten sozialen Angeboten, mit vernünftigen Schulen und Kindertagesstätten aufwachsen, als wenn sie in verwahrlosten Städten oder Quartieren groß werden, mit Ghettobildung und Schulen, in denen es von der Decke tropft und kein Klo funktioniert.

Ist die Sichtweise noch aktuell? Ich glaube ja! Die Bedeutung des Lokalen hat in letzter Zeit eher noch zugenommen, auch wenn man das Gegenteil vermuten könnte. Denken wir nicht in immer größeren Zusammenhängen? Und sind wir überhaupt noch an Orte gebunden?

Europa, die Globalisierung – unsere Welt ist kleiner geworden und irgendwie näher zusammengerückt. Dieser Gewinn an Ferne bringt einen Verlust an Nähe mit sich. Ich sehe das



ja bei vielen, gerade bei jungen Menschen um mich herum: Die arbeiten vielleicht in Berlin, aber die Eltern wohnen in München, der Lebenspartner in Bremen, die beste Freundin in Paris. Orte werden zu Inseln, die Bindung an einzelne Orte sinkt.

Das alles ist wahr! Aber es ist auch ein Zerrbild von Gesellschaft! Denn lassen wir uns nicht täuschen: Viele Menschen sind von dieser so mobilen Gesellschaft ausgeschlossen, schon allein, weil Mobilität immer noch teuer ist. Sie sind weiterhin auf ihr unmittelbares Lebensumfeld angewiesen. Und gleichzeitig brauchen auch diejenigen, die an verschiedenen Orten gleichzeitig und nirgendwo so richtig von „ihrer Stadt“ oder „ihrem Zuhause“ sprechen, vielleicht gerade deshalb funktionierende Strukturen vor Ort: Ein Gemeinwesen, das zusammenhält. Ein Wohnraum, der lebenswert ist. Ein Umfeld, wo eigene Beteiligung, eigenes Engagement direkt sichtbar und erlebbar wird.

Das gilt eben gerade, wenn die Bezugsräume größer werden. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, als 2007 die Leipzig-Charta verabschiedet wurde. Sie hat die Stadtentwicklung zu einem Thema mit europäischer Dimension gemacht. In Zeiten der Finanzkrise, des Hantierens mit Milliardensummen, der zunehmenden nationalistischen Tendenzen in einigen Mitgliedsländern, wissen wir doch: Europa muss alle Bürgerinnen und Bürger erreichen, direkt und unmittelbar. Europa ist dann glaubwürdig, wenn es als Sozialraum und Wertegemeinschaft konkret wird.

Und das geht nur in den Städten – dort, wo sich die sozialen Fragen stellen, dort, wo Demokratie gelebt wird. Die Städte gehören weder den Politikern, noch den EU-Bürokraten oder Investoren. Auch das sagt die Leipzig-Charta: dass alle für die Gegenwart und die Zukunft der Städte verantwortlich sind und sich engagieren müssen: Bürgerinnen und Bürger, Politiker und Verwaltungen, Wirtschaft und gesellschaftliche Organisationen. Die Leipzig-Charta setzt auf die soziale und kulturelle Integration benachteiligter Stadtteile und begreift sie als Strategie der Angleichung auf europäischer Ebene. Auch langfristiges und stabiles Wirtschaftswachstum ist nur möglich, wenn Städte als Ganzes sozial einigermaßen ausgeglichen und stabil bleiben.

Die Stadt hat also viele Chancen und Potentiale, und auch im 21. Jahrhundert erklärt sich die Stadt keinesfalls von selbst. Wir brauchen sie als Ort in der Gesellschaft, in der die gemeinsame Zukunft integriert wird. Aber das wird sie nur leisten können, wenn sie handlungsfähig ist.

Wir alle waren in den letzten Monaten verstört von den Enthüllungen über eine rechtsradikale Mörderbande, die 10 Jahre durch Deutschland zog, ohne dass irgend jemandem etwas aufgefallen war. Ebenso empörend ist, dass in einigen Landstrichen in Deutschland rechtsradikale Gesinnung heute die Mehrheitsmeinung in der örtlichen Gemeinschaft repräsentiert. Rolf Schwanitz, sein Wahlkreis liegt in der Sächsischen Schweiz, sagte mir neulich: „Irgendwann waren die Klugen und Jungen weg. Alle waren weg, die hätten widersprechen können! Das kriegen wir mit noch so gutwilligen Initiativen von außen, ohne Verankerung vor Ort kaum noch gelöst.“ Anderswo können wir beobachten, was passiert, wenn Kommunen nicht mehr handlungsfähig sind!

Das Eindringen der Rechtsradikalen in unsere Gesellschaft hat natürlich auch damit etwas zu tun, dass wir in den letzten zwanzig Jahren sozial verwahrloste Räume zugelassen haben. Einige Städte und Kommunen schaffen es schlicht nicht, ihre Angebote – zum Beispiel Jugendcafés, Theater, Sportplätze – aufrecht zu erhalten. Es ist unerträglich, wenn die NPD in einigen Teilen Ostdeutschlands verkündet, dass sie solche, von der Schließung bedrohte, Einrichtungen übernehmen will. Sie stößt damit in ein Vakuum vor, dass wir nicht hätten entstehen lassen dürfen, und dass wir nicht wieder entstehen lassen dürfen!

Wenn wir also über Subsidiarität reden und über die Bedeutung der Städte, dann will ich als Bundespolitiker mir keinen schlanken Fuß machen, sondern deutlich sagen: Wir sind in der Pflicht, die Kommunen finanziell besser auszustatten. Denn Subsidiarität ist nicht voraussetzungsfrei, und es gibt sie nicht umsonst. Subsidiarität setzt auf Entfaltung individueller Fähigkeiten, auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Aber dafür müssen wir überhaupt erst einmal die Grundlagen schaffen.

Wenn wir gerechte Teilhabe für alle wollen, dann gehört dazu doch als erstes eine gute öffentliche Daseinsvorsorge. Bibliotheken, Schwimmbäder, Wasser, Strom, Mobilität, Bildung, Sport, Soziale Dienste, Schulspeisungen, Ganztagsbetreuung, Müll- und Abwasserentsorgung – all das sind gesellschaftliche Aufgaben. Und die Kommunen brauchen Geld, um sie zu bezahlen.

Die Realität ist heute leider oft eine andere: Viele Städte und Gemeinden stehen an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Die „freiwilligen Ausgaben“ haben sie sowieso schon zusammengestrichen, und jetzt geht es ihnen an die Substanz. Im Ruhrgebiet werden reihenweise öffentliche Einrichtungen geschlossen. Eine Stadt wie Wuppertal steht vor der Entscheidung, nicht nur Stadttheater, auch 5 Schwimmbäder zu schließen! Deswegen ist die erste Aufgabe von Politik, das strukturelle Defizit auszugleichen, das entstanden ist, weil der Bund und die Länder den Städten und Gemeinden einfach nicht genug Geld für die gesetzlichen Aufgaben geben, die sie ihnen übertragen haben. Ein armes Land wie Sachsen-Anhalt zeigt gerade, dass das mit langem Atem hinzukriegen ist!

Aber das reicht allein noch nicht. Wir müssen doch eigentlich dazu kommen, dass Städte nicht nur die Einfälle anderer gut ausführen können, sondern dass sie selbst Spielräume für Ideen und Initiativen haben! Rechtlich sind das dann vielleicht die sogenannten „freiwilligen“ Leistungen – aber eigentlich sind es Pflichtleistungen, wenn man die Chancen der Städte wirklich nutzen will!

Nun mögen Sie denken: Typisch Bundespolitiker. Der soll hier über Gemeinwesen reden, und was fällt ihm ein? Geld. Zuständigkeiten. Rahmenbedingungen schaffen.

Ja, in der Tat, diese Schlagworte fallen mir ein. Denn Subsidiarität bedeutet nicht, sich aus der Verantwortung zu stehlen, und alle Aufgaben bei „denen da unten“ abzuladen. Wir müssen die Städte und Gemeinden zunächst einmal in die Lage versetzen, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Das war der innere Grund, weshalb ich mit Verve dafür eingetreten bin, dass den Kommunen z.B. die Gewerbesteuer erhalten bleibt!

Das heißt aber nicht, dass Politik, egal auf welcher Ebene, ganz allein das Miteinander im Gemeinwesen organisieren könnte. Von solcher Anmaßung bin ich weit entfernt! Im Gegenteil, Stadtentwicklung, das heißt das heißt vor allem: Bürger zu Beteiligten machen!

Worum es uns geht, ist nicht staatlich erzwungene, sondern freiwillige Solidarität der sogenannten Zivilgesellschaft – oder, wie ich lieber sage, der solidarischen Bürgergesellschaft. Dort, wo Menschen füreinander eintreten, wo sie sich in nachbarschaftlichen Netzwerken, in Bürgerforen und Zukunftswerkstätten für die Entwicklung ihrer Stadt einsetzen, dort wird Stadt funktionieren! Das alles ist nicht neu, für all das gibt es bereits leuchtende Beispiele: und das Paradebeispiel überhaupt ist das Programm „Soziale Stadt“. Ein Programm, das – wie Sie alle wissen - seit 1999 einen zentralen, ja einen unverzichtbaren Beitrag zur Teilhabe gerade in sozialen Brennpunkten leistete.



Die Idee, die dem Programm zugrunde lag, als wir es damals auf den Weg gebracht haben, war einfach: Wir wollen nicht nur in Beton, sondern vor allem in den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile investieren.

Das hat funktioniert – weil das Programm getragen war und ist von dem Einsatz der Menschen in ihren jeweiligen Stadtteilen, von ihrer Kreativität und ihrem Willen zur Veränderung.

Die jetzige Bundesregierung ist da leider anderer Auffassung, und spart – soviel Tagespolitik sei mir erlaubt – die „Soziale Stadt“ kaputt. Und vor allem: Sie verstehen es nicht und wollen es nicht verstehen! Für Schwarz-Gelb ist das Programm „Soziale Stadt“ ein reines Projekt für bauliche Maßnahmen. Oder, wie der neue FDP-Generalsekretär zum Thema sagte: *„Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, ist vorbei“*.

Über solch eine Weichenstellung ließe sich sozialpolitisch schon trefflich streiten. Denn sie verschließt doch komplett die Augen vor den Realitäten in den Städten und vor dem, was wir wirklich brauchen.

Noch wichtiger aber: Sie ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den letzten zehn Jahren in ihren Stadtteilen Projekte initiiert und in Nachbarschaftsinitiativen mitgearbeitet haben. Mit der Kürzung nimmt die Regierung bewusst in Kauf, dass die Menschen ihr Engagement enttäuscht aufgeben. Denn Wohnungssanierungen lassen sich verschieben, aber mühevoll aufgebaute Netzwerke vor Ort brechen ohne Unterstützung unwiderruflich zusammen. Und was noch gravierender ist: Nach solchen Enttäuschungsprozessen werden sie nie wieder neu entstehen!

Ich weiß, dass sich auch die Kirchen im Programm Soziale Stadt mit großem Einsatz eingebracht haben, und dass sich Caritas und Diakonie im „Bündnis für eine Soziale Stadt“ für die Weiterführung des Programms einsetzen. Und es freut mich, dass sich evangelische und katholische Kirche in einem ökumenischen Kooperationsprojekt zusammengetan haben, um zunächst mal eine Bestandsaufnahme zu machen, wo Kirche bereits als Akteur der Stadtentwicklung tätig ist. Um dann, in einem zweiten Schritt, über Weiterentwicklungen und Verbesserungen zu sprechen. „Kirche findet Stadt“, so haben Sie Ihr Projekt genannt – eine gute Zukunftsaussicht, wie ich finde!

Ich freue mich darüber, weil die Kirchen natürlich ein besonderer, und auch ein besonders wichtiger, Partner sind, wenn wir über Stadtentwicklung und solidarische Bürgergesellschaft sprechen. Und deshalb will ich die Gelegenheit heute nutzen, um ein unmissverständliches Plädoyer an Sie alle zu richten: Kirche gehört in die Stadt! Wir brauchen Sie als Partner.

Und wenn ich dafür plädiere, dann tue ich das zunächst einmal aus der Perspektive des Politikers. Ich glaube, dass Kirche einiges zu bieten hat, was unverzichtbar ist für unser Gemeinwesen, und das Politik aus sich heraus nicht leisten kann.

Das sage ich aus Überzeugung und nicht nur als Politiker: ich sage es gleichzeitig auch als evangelischer Christ: Denn ebenso bin ich überzeugt, dass auch meine Kirche (die katholischen Brüdern und Schwestern natürlich genauso) bei einer aktiven Mitarbeit vor Ort nur gewinnen können.



Denn im Gegensatz zu anderen Akteuren, die sich in der Stadt oder der Gemeinde einbringen, ist die Kirche ein sehr starker Akteur mit vielen Ressourcen. Sie ist fest am Ort verankert, mit einer großen Nähe zu den Bewohnern und Bewohnerinnen, und zwar aus allen Milieus. Viele Familien begleitet sie in unterschiedlicher Intensität immer noch von der Wiege bis zur Bahre! Kirche hat durch ihre konkrete soziale Arbeit ein breites Netzwerk aus Kontakten, kennt die Bedürfnisse der Menschen vor Ort, und ist glaubwürdig. Was sie sagt, kann niemand so leicht überhören. Sie ist damit enorm wichtig, um für diejenigen zu sprechen, die allein nicht gehört würden. Sie kann Brücken bilden zwischen Ausgegrenzten und *Inner Groups*, und den Ausgleich zwischen starken und schwachen Interessen verhandeln.

Gerade dieser Punkt ist mir ganz besonders wichtig: Denn die ganzen Forderungen nach Beteiligung und Zivilgesellschaft nehmen schnell – wenn auch ungewollt – einen etwas elitären Ton an. Wer engagiert sich? Die Besserverdienenden und Gutgebildeten, während gleichzeitig ganze Bevölkerungsgruppen räumlich und sozial an den Rand gedrängt werden. Ja; nicht mal mehr an Wahlen teilnehmen, wo ihre Interessen ganz ortsnah berührt sind!

Die Kirche dagegen kann solche Brücke bauen, zu Menschen und Gruppen, die der Politik schon längst den Rücken zugekehrt haben. Kirche kann sie ermuntern und dabei begleiten, die Gestaltung ihres Umfeldes selbst in die Hand zunehmen.

Und nicht zuletzt bringt Kirche auch für die praktische Arbeit wichtige Ressourcen mit, die vor Ort dringend gebraucht werden: schon allein durch die große Anzahl freiwilliger Helfer, das Netz an Hauptamtlichen, die sozial-kulturelle Infrastruktur kann Kirche für eine Kontinuität der Arbeit sorgen, die vielen lokalen Projekten fehlt. Ein Faktor, der gerade jetzt, wo wir über die Verstetigung der Initiativen in der Stadtentwicklung reden, nicht unterschätzt werden darf.

Diese vielfältigen Kompetenzen und Ressourcen, die Kirche in das Gemeinwesen vor Ort einbringen kann, sprechen ja bereits für sich. Ich möchte dennoch nicht dabei stehen bleiben, Kirche als einen Akteur wie jeden anderen abzuhandeln – neben AWO, Wohnungswirtschaft, Bürgerinitiativen und Vereinen.

Was die Kirchen einzigartig macht, ist ihre, ist die christliche Botschaft. Die sie, zumindest so wie ich sie verstehe, auf das Engagement im Gemeinwesen verpflichtet, und doch auch darüber hinaus weist.

Nicolaus Schneider sagt, Kirche kann nicht das Reich Gottes auf Erden bauen – und sollte dies auch nicht versuchen. Aber sie kann doch Wege dahin ebnen.

Die christliche Botschaft ist eine Kraft der Veränderung – eine Kraft, die Menschen frei macht von unwürdigen Zwängen, die Solidarität stiftet. Und eine Kraft, die Verantwortung übernimmt, auch wo es schwierig wird.

So verstehe ich das vielzitierte Wort des Propheten Jeremia: „*Suchet der Stadt Bestes [...] denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl*“. (Jeremia 29:7). Gemeinsam Verantwortung zu übernehmen für die Suche nach dem, was das Beste ist für den Ort, in dem wir leben. Leicht ist das nicht! Wer weiß schon, was „der Stadt Bestes“ ist? Da liegt es doch nahe, die Verantwortung gleich ganz bei denen zu lassen, die ohnehin dafür bezahlt werden.

Jeremia lässt das nicht durchgehen. Er legt dem ins Exil verschleppten Gottesvolk ans Herz, dass es ausgerechnet in der ungeliebten Fremde „der Stadt Bestes“ suchen solle. Er erinnert sein Volk in Zeiten politischer Ohnmacht daran, dass es nicht darum geht, vergangenen Tagen



nachzutruern, in Resignation zu versinken und sich auf die Sorge um das eigene Wohlbefinden zurückzuziehen.

Sondern im Gegenteil den Blick nach vorn zu richten, sich einzulassen auf die Realitäten vor Ort, die Möglichkeiten des Mitwirkens und Mitgestaltens zu nutzen. „Nicht Raushalten also, sondern Mitmachen!“ würde ich es als theologischer Laie für mich übersetzen.

Und im zweiten Teil seines Satzes schiebt Jeremia gleich nach, dass es nicht nur die Stadt, sondern auch um die Angesprochenen selbst geht: „Wenn es der Stadt gut geht, geht es euch ebenfalls gut“. Das ist genau das, was ich zuvor meinte, als ich sagte, dass auch die Kirche von der Arbeit vor Ort profitiert. Wenn sie sich öffnet, über den Kreis der natürlichen Gemeindemitglieder hinaus, wenn sie zu den Menschen geht, anstatt zu warten, dass sie kommen.

Was das angeht, so stehen die Organisationen (Kirche und Parteien), die wir hier vertreten, ja vor ziemlich ähnlichen Problemen. Die Mitglieder sterben weg, und für viele, gerade junge Menschen sind wir irgendwie „out“, vielleicht sogar irrelevant geworden. In etwa 10 Jahren wird nur noch die Hälfte der Deutschen einer der beiden großen christlichen Kirchen angehören! (*Wenn es Sie tröstet: damit wäre die SPD mehr als zufrieden*).

Häufig sitzen wir in unseren angestammten Versammlungsräumen –manche beim Gottesdienst, manche in den Ortsvereinen und Bürgerbüros – und warten auf die Menschen, die aber nicht zu uns kommen. Zumindest nicht so zahlreich wie früher.

Ich bin fest überzeugt: Uns bleibt nur die Flucht nach vorn. Die Idee der „vitalen Minderheitenkirche“, der Kräftigung durch Mitgliederschwund, wenn nur erst einmal die ganzen Unbeteiligten weg sind – diese Idee halte ich ungefähr für genau so verfehlt, wie in der politischen Welt die der „Stärkung in der Opposition“.

Nein, Kirche gehört in den Alltag, und zu den Menschen. Durch die Mitarbeit in lokalen Netzwerken, durch das Engagement für das Gemeinwesen lernen auch Nicht-Gottesdienstgänger die Kirche kennen, und dann auch noch von ihrer besten Seite. Kirche darf sich nicht abschotten, und auf sich selbst zurückziehen!

Es war übrigens Papst Pius der XI., der uns in der Sozialenzyklika "Quadragesimo anno" eine klassische Definition von Subsidiarität gegeben hat. Er hat damals geschrieben:

"Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen [...] werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnetere Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen".

Wenn wir Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe in der solidarischen Bürgergesellschaft wollen, dann sollten wir alle, jeder in seinem Wirkungsbereich, dafür sorgen, dass dies überhaupt möglich ist.

Wir Politiker, indem wir die Kommunen mit genug Geld ausstatten, Rahmenbedingungen schaffen, und Programme wie die „Soziale Stadt“ fördern; und die Kirchen, indem sie ihre besonderen Kompetenzen vor Ort einbringen, um die Menschen zur Teilhabe zu ermutigen und sie darin zu begleiten.

Ich bin sicher, dass sich das lohnt. Denn „wenn es der Stadt gut geht, dann geht es auch uns gut“! Herzlichen Dank.